

Verband der Arbeitsgemeinschaften
der Helfer in den Regieeinheiten/-ein-
richtungen des Katastrophenschutzes
in der Bundesrepublik
Deutschland e.V.

Bevölkerungsschutz als Staatsaufgabe erfordert ein ganzheitliches Krisen- und Ressourcenmanagement

Mit der Errichtung des neuen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zieht die Bundesregierung notwendige organisatorische Konsequenzen um mit den geplanten Kompetenzzentren für Krisenmanagement, Zivil- und Katastrophenschutz, Schutz kritischer Infrastrukturen, Katastrophenmedizin, Zivilschutzforschung und -lehre zur Entwicklung eines integrierten Sicherheitssystems in Deutschland beizutragen.

Die Arbeitsgemeinschaften des Katastrophenschutzes (ARKAT) und das Schutzforum unterstützen die Bemühungen des Bundes und der Länder nachdrücklich, die bisher überwiegend duale bis triale Schutzarchitektur vertikal und horizontal zu einem Gesamtsystem für die Gefahrenabwehr und -vorsorge zu vernetzen (Abb.1). Die seit 1996 bei der Ständigen Konferenz für Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge (SKK) bestehende Projektgruppe „Integriertes Hilfeleistungssystem aus Vertretern von DRK, DFV, THW und JUH hat

unter Federführung der ARKAT hierzu Empfehlungen erarbeitet, die erfreulicherweise in die strategischen Grundsatzüberlegungen von Bund und Ländern zum Schutz der Bevölkerung Eingang gefunden haben. Die Ereignisse seit dem 11. September 2001 haben das öffentliche Bewusstsein für ein ganzheitliches und integriertes Sicherheitsverständnis nachhaltig gestärkt. Es ist deshalb richtig und notwendig, unter Analyse und Festlegung der jeweiligen Leistungsumfänge, die Integration der in bisher unterschiedlich verfassten Strukturen agierenden Gefahrenabwehr- und Hilfeleistungspotenziale konsequent voranzutreiben, um damit eine strategische, operative und synergetische Verzahnung auch aus Gründen einer effektiven und effizienten Vorhaltung von Schutzressourcen zu erreichen.

Innere Sicherheitsvorsorge und äußere Sicherheitsvorsorge lassen sich zunehmend weniger voneinander trennen. Und das nicht erst seit den verheerenden Anschlägen in Spanien und anderswo in der Welt. In Spanien ist man inzwischen dazu übergegangen auch Streitkräfte zum Schutz kritischer Infrastrukturen einzusetzen. Auch in Deutschland wird die Forderung nach einem neuen Gesamtsicherheitsverständnis erhoben und eine stärkere Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Schutzpotenzia-

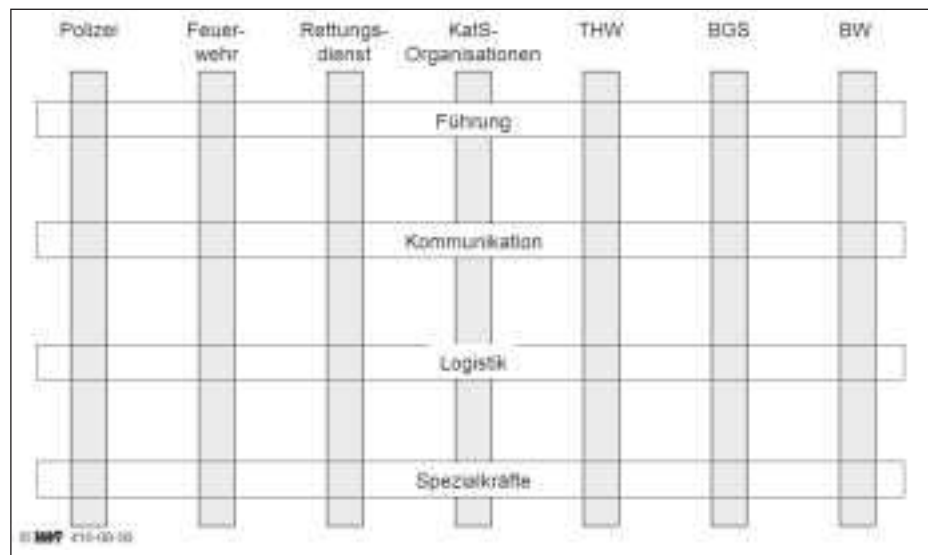


Abb. 1

len diskutiert. Allerdings sehen gegenwärtig die Strukturempfehlungen für die Streitkräfte eine Präsenz in der Fläche für Deutschland kaum noch vor.

In zahlreichen Standorten mit gefährdeten Infrastrukturbereichen sind im militärischen Bereich für einen gegebenenfalls notwendig werdenden Objektschutz überhaupt keine zeit- und ortsnahen Kapazitäten mehr verfügbar. Ebenso sind dadurch natürlich auch die Fähigkeiten der Streitkräfte zur Katastrophenhilfe eher eingeschränkt. Beispielsweise sind auch Verteidigungsbezirkskommandos als Ansprechpartner für die zivil-militärische Zusammenarbeit nicht mehr ortsnah disloziert.

Allein die zivile Sicherheitsvorsorge wird künftig nur noch in einem Kontinuum von Polizei der Länder und des Bundes, Feuerwehren, Rettungsdienst, Technischem Hilfswerk, Zivil- und Katastrophenschutz, Bundeswehr, Spezialisten und Experten aus Wissenschaft, Technik und Medizin sowie bürgerschaftlicher Selbsthilfe leistbar sein. Tradierte Trennlinien müssen angesichts der Schnittmenge heutiger Gefahren- und Schadenslagen normativ, personell, organisatorisch, technisch und logistisch überwunden werden. Fragen des Synergie- bzw. Nahtstellenmanagements im Sinne einer ganzheitlich ausgerichteten Schutzstrategie kommt deshalb künftig entscheidende Bedeutung zu.

Die Gestaltung des Zusammenwirkens unterschiedlicher Säulen eines integrierten Hilfeleistungssystems bedarf jedoch obligatorisch der gleichberechtigten Beteiligung aller Partner. Auf Initiative des BMI hat inzwischen ein Strategischer Beirat für den Zivil- und Katastrophenschutz seine Arbeit aufgenommen und beim Präsidenten des Bundesverwaltungsamtes hatte sich ein ständiger Arbeitskreis Zivil- und Katastrophenschutz (AKZfZ) konstituiert. In beiden Gremien sind ARKAT und Schutzforum bisher nicht beteiligt worden (s. Bevölkerungsschutz 3/2003, S. 48). Beide Verbände stimmen den jetzt formulierten „Grundzügen für eine neue Sicherheitsarchitektur in Deutschland“ ausdrücklich zu. Die Überlegungen greifen Positionen auf, die von ARKAT und Schutzforum in den letzten 10 Jahren auf der Fachebene stets mit Nachdruck vertreten worden sind. Es bleibt also zu wünschen, dass die ARKAT, die in ihrem Wirken schwerpunktmäßig Querschnittsbereiche wie Führung, Kommunikation und Logistik vertritt, sowie das Schutzforum, das als wissenschaftliche Gesellschaft seinen Schwerpunkt in Grundsatzfragen sowie im Schutz von Infrastrukturen, dem Selbst- und Kulturschutz sieht, künftig an strategischen Planungen für den Bevölkerungsschutz

und die Katastrophenhilfe wieder angemessen und als gleichberechtigter Partner beteiligt werden.

*Klaus-Dieter Kühn, ARKAT-Bundesvorsitzender
und Präsident des Schutzforums*

Technisches Hilfswerk

„Zusammenarbeit mit internationalen Gremien von existentieller Bedeutung“

Vereinte Nationen und THW vereinbaren verstärkte Zusammenarbeit

„Die Zusammenarbeit mit internationalen Gremien ist für Hilfsorganisationen von existentieller Bedeutung. Um den Herausforderungen in der humanitären Hilfe vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung gerecht werden zu können, intensiviert das Technische Hilfswerk die Kooperation mit internationalen Partnern. Die Vereinten Nationen als Dachorganisation – unter anderem für die humanitäre Hilfe weltweit – nehmen dabei eine zentrale Rolle ein“, betonte THW-Präsident Georg Thiel bei Gesprächen mit der stellvertretenden Hochkommissarin des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), Wendy Chamberlin, Anfang März in Neuhausen. Dabei ging es vor allem um eine weitere Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen THW und UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees).

Das THW arbeitet bereits seit Jahren eng mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk zusammen. Eine besondere Herausforderung war dabei die Hilfe für zehntausende Flüchtlinge während der Bürgerkriege

